

NIEDERSCHRIFT Nr. 2/2018

über die Gemeinderatssitzung am 28. März 2018 im Sitzungssaal des Gemeindeamtes Thaur.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:30 Uhr

Anwesend: Bürgermeister Christoph Walser;
Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank, Romed Giner, Judith Huetz, Barbara Thien-Mattulat, Dominik Ebner, Christian Hofmann, Klaus Nagl, Ing. DI (FH) Christoph Niederhauser, Josef Wopfner, Mag. Josef Bertsch, Markus Isser, Johann Graßmair, Karin Sommeregger, Ing. Mag. Johannes Giner;

Zuhörer:11

Schriftführer: Wolfgang Winkler

Tagesordnung (öffentlicher Teil):

- 1) Anträge des Ausschusses für Sport, Kultur, Soziales, Gesundheit und Umweltangelegenheiten (ASKSGU):
 - a) Subvention Kirchenchor Thaur
 - b) Restaurierung Antoniuskapelle
- 2) Ankauf von drei landwirtschaftlichen Grundstücken (Gp. 1323, Gp. 1347 und Gp. 1512)
- 3) Anpachtung von Räumlichkeiten zur Errichtung von drei Kinderkrippengruppen
- 4) Darlehensaufnahmen
- 5) Auftragsvergabe für eine Analyse (Standortevaluierung / Potentialanalyse) für Mehrfachnutzungskonzepte im Rahmen der Errichtung eines zweiten Fußballplatzes
- 6) Auftragsvergabe für die Umsetzung der neuen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
- 7) Bericht über die Kassaprüfung des örtlichen Überprüfungsausschusses vom 12.03.2018
- 8) Beratung und Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss 2017 der Gemeinde Thaur Immobilien KG
- 9) Beratung und Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss 2017 der Gemeinde Thaur
- 10) Berichte des Bürgermeisters
- 11) Anträge, Anfragen und Allfälliges

Bürgermeister Christoph Walser begrüßt alle Anwesenden zur zweiten Gemeinderatssitzung im Jahr 2018 und stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest. Weiters teilt Bürgermeister Christoph Walser mit, dass die Tagesordnung wie folgt ergänzt werden soll:

Ergänzung:

- 1) Auftragsvergabe für die Errichtung eines Drosselbauwerkes am Auweg

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 1)

Im Zuge der Ausführung des Mischwasserentlastungskanalstranges R13 Sammler Süd West, wurde der Rohrdurchmesser von DN 500 auf DN 400 reduziert. Grundlage war eine Nachberechnung der Einzugsgebiete des Ingenieurbüro Passer aus dem Jahre 2001. Eine Nachberechnung mittels hydraulischem Modell im Zuge der Ausschreibung hat ergeben, dass die Reduktion des Rohrdurchmessers auf DN 400 bei einem Bemessungsregen von 150 Liter pro Sekunde und Hektar für 15 Minuten auf eine Wiederkehrzeit von einem 2-jährlichem Regenereignis die Reduktion DN 400 zulässt. Aufgrund der außerordentlichen Starkregenereignisse in den vergangenen 2 Jahren, hat nun die Behörde im Zuge der Kollaudierungsverhandlung erwogen, dass die Bemessung der Wiederkehrzeit von eben einem 1-jährlichem auf ein 5-jährliches Regenereignis angehoben wird.

Um diese erhöhte Wassermenge zu bewältigen, ist es erforderlich den Schacht des Sammlers Süd im Auweg umzubauen und mit einer schwimmergesteuerten Drosselklappe auszustatten. Dazu wurde vom Ingenieurbüro Eberl ein Projekt ausgearbeitet, welches einen Ortbetonschacht in der Größe von ca. 5 mal 2 m Breite und 2 m Tiefe im Auweg vorsieht. Durch das dort einzubauende Drosselbauwerk wird nur noch jene Wassermenge dem Stauraum zugeführt, welche auch tatsächlich über den Kanal Süd West abrinnen kann. Im Falle eines Starkregenereignisses werden in diesem Schacht vor dem Drosselbauwerk die Mehrwässer in den bestehenden 600er Kanal abgeleitet.

Die Kosten zur Errichtung dieses Bauwerkes belaufen sich auf ca. € 80.000,00 netto.

Bürgermeister Christoph Walser erläutert, dass damals der Einbau eines DN 500-Kanals ca. € 200.000,00 netto mehr gekostet hätte, somit wird im Endeffekt dieses Projekt durch das Drosselbauwerk nicht teurer. GR Mag. Josef Bertsch erkundigt sich, ob die Problematik, dass die Kanaldeckel bei großer Niederschlagsmenge angehoben werden, mit dem Kanaldurchmesser in Zusammenhang steht. Dies wird von Herrn DI Helmut Fleischmann, vom Ingenieurbüro Eberl verneint. Daraus schließt GR Mag. Josef Bertsch, dass nachträglich Steine, Hölzer und eine fehlende Wartung die Probleme verursacht haben müssen. Bürgermeister Christoph Walser merkt an, dass im Zuge dieser Umbauarbeiten die bestehenden Kanaldeckel durch insgesamt 20 Druckkanaldeckel ausgetauscht werden sollen. Er schildert an dieser Stelle noch einmal kurz die Situation von damals. Das Ingenieurbüro Eberl hatte die Bauaufsicht. Der damalige Bürgermeister Konrad Giner hat zu Beginn der Bauarbeiten andere Anweisungen gegeben. Insgesamt verbesserte sich die Situation durch die durchgeführten Baumaßnahmen, es wurde damals weit mehr investiert als wasserrechtlich vorgesehen war. Von Seiten der Fa. Eberl hat nie eine Übergabe stattgefunden, somit wurden auch die Bauhofmitarbeiter der Gemeinde nicht in die Wartungsarbeiten der Drossel eingewiesen. Seit nunmehr einem Jahr existiert ein Wartungsbuch. Die Wartung wird einmal wöchentlich durchgeführt. GR Mag. Josef Bertsch erkundigt sich, ob von Seiten der Bauerschaft dieses Projekt weiterhin beeinsprucht, oder doch akzeptiert wird. Bürgermeister Christoph Walser informiert, dass aufschlussreiche Gespräche mit dem Ortsbauernobmann Romed Giner stattgefunden haben und die geplante Umbauarbeiten in Ordnung wären. Weiters sollten noch Schlammfänge eingebaut werden. Oberflächenwässer müssen vom Grundeigentümer auf eigenem Grund versickert werden. GR Johann Graßmair fragt nach, warum diese Lösung (Drosselbauwerk) nicht schon bei der Planung des Kanals angedacht wurde und wer der Bauverantwortliche für dieses Projekt war. Der Bauverantwortliche DI Helmut Fleischmann erklärt, dass damals auf Anweisung des Bürgermeisters auf diese Ausführung (DN 500) verzichtet wurde. GR Ing. Mag. Johannes Giner merkt an, dass die Betriebssicherheit gewährleistet sein muss, eventuelle Schwachstellen müsse man in den Griff bekommen. Zudem muss eine ordentliche Übergabe seitens der Fa. Eberl stattfinden. Bürgermeister Christoph Walser weist darauf hin, dass seit der Durchführung der Wartungen keine Probleme mehr aufgetreten sind. GR Dominik Ebner möchte wissen, ob im restlichen Ortsgebiet keine Probleme auftreten, wenn

man davon ausgeht, dass der Kanaldurchmesser für ein 1-jährliches Regenereignis ausgelegt ist. Herr DI Helmut Fleischmann informiert, dass das Drosselbauwerk die Situation deutlich verbessern wird. GR Karin Sommeregger erkundigt sich, wann mit den Bauarbeiten begonnen werden soll. Bürgermeister Christoph Walser findet es sinnvoll, noch vor den Asphaltierungsarbeiten am Auweg mit diesem Projekt zu beginnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 2)

Der Obmann des Ausschusses für Sport, Kultur, Soziales, Gesundheit und Umwelt, Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank, trägt diesen Tagesordnungspunkt vor.

a)

Der Kirchenchor Thaur hat mit Schreiben vom 16.02.2018 um die jährliche Subvention angesucht. In den Vorjahren betrug der gewährte Zuschuss jeweils € 1.000,00 – dies soll auch im Jahr 2018 vom Gemeinderat so beschlossen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

b)

Die Restaurierung der Antoniuskapelle wurde im letzten Jahr aufgrund des nicht vorhandenen Budgets aufgeschoben und soll jetzt durchgeführt werden. Die finanziellen Mittel dafür sind im Voranschlag 2018 vorgesehen. Da man von der Firma Franz Niederhauser, aus Thaur, auch nach mehrmaliger Urgenz kein Angebot erhalten hat, jedoch eine Empfehlung für die Firma Heidi Eisner, aus Hall in Tirol ausgesprochen wurde, soll diese Firma mit den notwendigen Arbeiten betraut werden. Die Kosten für die Arbeiten im Innen- und Außenbereich betragen € 15.360,00 brutto. Wenn möglich, soll die Restaurierung bis zur Fronleichnam-Prozession am 31.05.2018 abgeschlossen sein, dies wird noch abgeklärt. Ein möglicher Zuschuss seitens des Bundesdenkmalamtes könnte die Ausgaben verringern, dies wird ebenfalls noch eruiert.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 3)

Herr Rudolf Deiser aus Thaur (Bauerngasse 4) ist Eigentümer von drei landwirtschaftlichen Grundparzellen im Zusammenlegungsgebiet (Gp. 1512 – 1.885 m², Gp. 1323 – 1.234 m² und Gp. 1347 – 1.262 m²). Herr Deiser hat der Gemeinde diese drei Grundparzellen zu einem Quadratmeterpreis von € 110,00 (Gesamtkaufpreis € 481.910,00) zum Kauf angeboten. Die Gemeinde soll die Kosten für dieses Rechtsgeschäft übernehmen, ausgenommen der Immobilien-Ertragssteuer.

Der Bürgermeister ist der Meinung, dass man bei strategisch günstigen Flächen, die zu erwerben sind, zugreifen soll. Zumal die Grundzusammenlegung der Thaurer Felder bis voraussichtlich Ende 2019 die Neueinteilung der Flächen vornehmen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 4)

Frau Maria Sieberer aus Rum ist Eigentümerin der Liegenschaft Schulgasse 2 in Thaur (ehemals Romedi-Apotheke). Sie hat der Gemeinde die Vermietung des Erdgeschoßes (ca. 330 m²), einer Teilfläche des Untergeschoßes (ca. 50 m²) und den Garten (ca. 106 m²) angeboten. Die Gartenbenützung wird von 09:00 Uhr bis 11:00 Uhr festgelegt, eine Mitbenützung am Nachmittag wird noch ausverhandelt. Der Mietpreis beträgt monatlich € 2.300,00 netto und beginnt mit 1.6.2018. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre mit der Möglichkeit einer Option auf weitere 10 Jahre. Die Gemeinde könnte in diesen Räumlichkeiten drei Kinderkrippengruppen unterbringen. Die Marktgemeinde Rum hat signalisiert, dass die angemieteten Räumlichkeiten für die derzeitige Kinderkrippengruppe der Gemeinde ab September nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Baukosten für den Umbau der Räumlichkeiten in der Schulgasse werden auf ca. € 500.000,00 netto geschätzt. Förderungen seitens des Landes können noch keine zugesichert werden, da es noch keine Vereinbarungen mit dem Bund gibt (§ 15a Vereinbarungen). Weiters besteht die Möglichkeit einen großen Raum im Obergeschoß (ca. 130 m²) bei Bedarf ebenfalls anzupachten.

Bürgermeister Christoph Walser erklärt, dass bereits vor 1,5 Jahren Verhandlungen mit der Familie Sieberer bezüglich Anpachtung der Räumlichkeiten für ein Jugendzentrum stattgefunden haben. Da diese dafür zu groß gewesen wären, entschied man sich für die Räumlichkeit in der Sologasse 1. Derzeit befindet sich eine Kinderkrippengruppe im 2. Stock des Kindergartens, der Verein Raupenkinder im Erdgeschoss und eine Gruppe im Kindergarten Steinbockallee in Rum. In der letzten GR-Sitzung wurde der Ideenwettbewerb zum Kindergartenneubau beschlossen. Zwischenzeitlich hat sich GR Karin Sommeregger erneut um Kontaktaufnahme mit der Familie Sieberer bemüht, da bis zum Kindergartenneubau eine Übergangslösung gebraucht wird. Mittlerweile wurden mehrere Pläne ausgearbeitet und bereits mit der Abteilung Bildung des Amtes der Tiroler Landesregierung abgestimmt. Als Übergangslösung wurden auch die Räumlichkeiten von Frau Barbara Steinlechner in der Stollenstraße 3 besichtigt, diese bieten jedoch zu wenig Platz. Ebenso wurde eine Containerlösung am Spielplatz „Duningbichl“ angedacht. Der Bürgermeister erwähnt, dass er nach wie vor kein Verfechter von Einmietung in fremdem Eigentum ist, gibt jedoch zu bedenken, dass diese Übergangslösung einen Kindergartenneubau 10 bis 15 Jahre hinauszögern würde. Nach Durchsicht der statistischen Zahlen (Entwicklung Geburten), wäre diese Übergangslösung ausreichend und ein Kindergartenneubau noch nicht erforderlich. Der Ideenwettbewerb soll bis Ende Mai weiter geführt werden. Unter Umständen wäre die Abhaltung des Mittagstisches in der Kirchgasse 6 realisierbar, somit wäre wieder ein Raum im Kindergarten frei. Zudem würde sich die Verkehrssituation rund um den Kindergarten verbessern, da die Raupenkinder- und die Kinderkrippengruppe wegfallen würden. Es wurden auch schon Gespräche mit dem Obmann des Pfarrkirchenrates Herrn Ing. Josef Giner geführt und der Bürgermeister sieht gute Chancen, dass der Grund auf dem der Kindergarten steht, letztendlich in Gemeindeeigentum übergehen könnte. GR Karin Sommeregger betont, dass durch ihr Engagement der Kontakt mit der Familie Sieberer hergestellt wurde. Es liegen intensive drei Wochen hinter ihr. Sie bedankt sich an der Stelle beim Bürgermeister und auch beim Gemeindeamtsleiter. Die Zusammenarbeit war zu jeder Zeit möglich. Der Kontakt mit der Familie Sieberer war sehr gut. Sie findet die Örtlichkeit ideal und öffentliche Parkplätze sind ebenfalls vorhanden. Frau Sommeregger sieht diese Vereinbarung als Win-Win-Situation. GR Judith Huetz gibt zu bedenken, dass dort eine Ganztageskinderkrippe untergebracht werden soll und ihrer Meinung nach die Gartenbenützung vertraglich ausgeweitet werden sollte. Bürgermeister Christoph Walser teilt mit, dass Familie Sieberer ausdrücklich auf die Gartenbenützungszeit von 09:00 Uhr bis 11:00 Uhr besteht, jedoch die Nutzung außerhalb dieser Zeit auch möglich sei, so lange es keine Schwierigkeiten mit ihren anderen Mietern gibt. Frau GR Karin Sommeregger findet die geplanten Baukosten sehr hoch. Der

Bürgermeister gibt an, dass die Kosten vom Bauamt überschlagsmäßig hochgerechnet wurden. Man muss trotz allem auf Qualität achten. GR Ing. Mag. Johannes Giner gibt zu bedenken, dass das Gebäude thermisch saniert werden muss und findet € 500.000,00 netto realistisch. Es besteht die Tatsache, dass die Kinderkrippengruppe in Rum ab Herbst nicht mehr verfügbar sein wird, somit sieht er dies als sehr gute Lösung, zumal ein weiteres leerstehendes Gebäude am Dorfplatz wegfallen würde. GR Markus Isser pflichtet GR Ing. Mag. Johannes Giner bei. Er fragt, ob der Ideenwettbewerb noch beeinflussbar wäre. Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass es sich um eine Ideensammlung handelt, es werden noch keine Pläne erstellt. Die Architekten sollten jedoch informiert werden. GR Mag. Josef Bertsch findet, dass die nötigen Investitionskosten sich durch die Option auf eine Verlängerung des Pachtvertrages durchaus rechtfertigen lassen, insbesondere im Verhältnis zu den Kosten eines Neubaus. Trotz aller anfallenden Kosten wäre es immer noch günstiger als ein Neubau. Ganz wichtig findet er die Option auf Vertragsverlängerung. Dem pflichtet GR Dominik Ebner bei. Herr GR Mag. Josef Bertsch fände es sinnvoll, die Gartenbenützung zumindest bis Mittag hin auszudehnen, am Nachmittag sieht er es als großes Entgegenkommen der Vermieterin, den Garten fallweise benützen zu dürfen. Der Bürgermeister merkt an, dass die Zeit von 11:00 Uhr bis 12:00 Uhr genutzt wird, um den Mittagstisch vorzubereiten und somit der Garten in dieser Zeit nicht mehr benötigt wird. GR Mag. Josef Bertsch spricht noch die Belebung des Ortszentrums an, auf der einen Seite das Jugendzentrum, jetzt die Kinderkrippe. In dieser Folge sollte man sich Gedanken um eine Verkehrsberuhigung im Ortszentrum machen. GR Romed Giner merkt an, dass er mit dieser Lösung sehr zufrieden sei, auch in Hinblick auf die Ortskernrevitalisierung. BGM-Stellvertreter Ing. Martin Plank gibt an, dass dieses Vorhaben sehr kurzfristig vorgestellt wurde. Es wird seiner Meinung nach ein sehr hohes Tempo vorgelegt. In sehr kurzer Zeit sollen langfristige Verträge abgeschlossen werden. Er spricht sich dafür aus, dass dieses Vorhaben im Ausschuss für Bildung, Familie und Jugend ausgearbeitet werden sollte, da er noch Diskussionsbedarf sieht. Der Bürgermeister ist der Auffassung, dass das zurückstellen dieses Vorhabens in den Ausschuss aus Zeitgründen nicht möglich sei. Ing. DI (FH) Christoph Niederhauser und GR Josef Wopfner sind der Meinung, dass sich das enorme Tempo des Vertragsabschlusses nachteilig auf die Gemeinde auswirken könnte. GR Karin Sommeregger wirft ein, dass bereits seit einigen Jahren von einem Kindergartenneubau gesprochen wurde. Im Laufe der Jahre wurden diesbezüglich diverse Anträge seitens Ihrer Fraktion in Gemeinderatssitzungen eingebracht. Seit letztem Jahr ist bekannt, dass ab Herbst 2018 die Kinderkrippengruppe in Rum nicht mehr verfügbar sein wird. Jede Fraktion hätte die Möglichkeit gehabt, zeitnah eine Lösung für dieses Problem zu finden.

Abstimmungsergebnis für die Anpachtung der Räumlichkeiten sowie die Freigabe der finanziellen Mittel zur Errichtung von 3 Kinderkrippengruppen:

11 Zustimmungen

**4 Stimmenthaltungen (BGM-Stv. Ing. Martin Plank,
Josef Wopfner, Ing. DI (FH) Christoph Niederhauser, Klaus Nagl – Fraktion BML)**

zu 5)

Bürgermeister Christoph Walser trägt diesen Tagesordnungspunkt vor.

Aufnahme eines Kontokorrentkredites gemäß § 84 TGO 2001

Der Gemeinderat kann den Bürgermeister ermächtigen, bis zu einem Gesamtbetrag eines Zehntels der jährlichen Gemeindeabgaben und Abgabenertragsanteile nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre (€ 535.360,00), einen Kontokorrentkredit aufzunehmen. Der Kontokorrentkredit ist nach Möglichkeit innerhalb eines Jahres zurückzuzahlen und es

ist dem Gemeinderat über seine Ausschöpfung laufend zu berichten. Es werden zwei Angebote eingeholt (Raiba Thaur und Tiroler Sparkasse).

Aufnahme eines Kredites für den Ankauf von landwirtschaftlichen Grundstücken

Die Gemeinde erwirbt drei landwirtschaftliche Grundstücke von Herrn Rudolf Deiser aus Thaur. Der Gesamtkaufpreis beträgt € 481.910,00 ohne Nebenkosten. Die Finanzierung soll über eine Kreditaufnahme in Höhe von € 500.000,00 erfolgen. Es werden dazu drei Angebote eingeholt.

Der Gemeinderat soll den Gemeindevorstand beauftragen die weitere Vorgehensweise (Laufzeit, Einholung von Angeboten, Kreditvergabe udgl.) dieser Kreditaufnahmen abzuwickeln.

Abstimmungsergebnis für beide Kreditaufnahmen: einstimmige Zustimmung

Umbuchung vom Girokonto der Gemeinde Thaur Immobilien KG

Der aktuelle Stand auf dem Girokonto der Gemeinde Thaur Immobilien KG beträgt € 113.329,53. Um die Liquidität der Gemeinde zu verbessern, sollen nun € 80.000,00 auf das Girokonto der Gemeinde transferiert werden.

Abstimmungsergebnis für Umbuchung: einstimmige Zustimmung

zu 6)

Bürgermeister Christoph Walser trägt diesen Tagesordnungspunkt vor.

Herr DI (FH) Alois Wach, Unternehmensberatung Real Estate & Energy, stellt ein Angebot für eine Analyse (Standortevaluierung / Potentialanalyse) für Mehrfach-Nutzungskonzepte im Rahmen der Errichtung eines zweiten Fußballplatzes. Das Angebot umfasst die Konzeption und Analyse, die Ausschreibung und Investorensuche, sowie die Begleitung, Umsetzung und Auditing. Die Kosten dafür belaufen sich auf € 48.000,00 netto.

Bürgermeister Christoph Walser wünscht sich für die Umsetzung des Projektes eine begleitende Steuerungsgruppe. Dieser sollte neben Herrn DI (FH) Alois Wach und Herrn DI Johann Baumgartner auch von Seiten der Gemeinde BGM Christoph Walser, BGM-Stv. Ing. martin Plank, GR Romed Giner, GR Klaus Nagl, GR Mag. Ing. Johannes Giner, GR Mag. Josef Bertsch, GR Karin Sommeregger und GR Johann Graßmair angehören. GR Johann Graßmair bemerkt, dass so ein großes Projekt einer sehr guten Planung bedarf. Er wünscht, dass sich der Ausschuss für strategische Dorfentwicklung mit einbringen kann. Der Bürgermeister befürwortet dies. GR Dominik Ebner ist der Meinung, dass eine Ausschusssitzung sobald als möglich stattfinden sollte.

Abstimmungsergebnis für Auftragsvergabe: einstimmige Zustimmung

zu 7)

Amtsleiter Wolfgang Winkler trägt diesen Tagesordnungspunkt vor.

Um die neue EU Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) umsetzen zu können, welche mit 25. Mai 2018 in Kraft tritt, wurde nun ein Angebot der Firma GEMNOVA eingeholt. Insgesamt beläuft sich das Angebot auf € 2.800,00 netto.

Bürgermeister Christoph Walser informiert, dass auch die Firma Kufgem ein Angebot gelegt hat. Der Tiroler Gemeindeverband befürwortet die Umsetzung dieser Verordnung mit der Firma GEMNOVA. GR Johann Graßmair befürwortet dies, da seiner Meinung nach die Firma GEMNOVA von der Struktur her nicht eine reine IT-Firma ist wie beispielsweise die Firma Kufgem. Der Bürgermeister fügt an, dass die Umsetzung zusammen im Planungsverband durchgeführt wird. GR Ing. DI (FH) Christoph Niederhauser bemerkt, dass dies die Vereine ebenso trifft und erkundigt sich, ob die Gemeinde hierbei Hilfestellung leistet. Bürgermeister Christoph Walser gibt an, dass nach ersten Gesprächen mit der GEMNOVA über dieses Thema mit den Vereinen gesprochen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 8)

Am 12.03.2018 fand die Kassaprüfung durch den Überprüfungsausschuss statt. Der Obmann des Überprüfungsausschusses GR Mag. Josef Bertsch trägt diesen Tagesordnungspunkt vor.

Er bedankt sich an dieser Stelle bei dem Finanzverwalter Andreas Gasser, der wie immer alle Fragen souverän und kompetent beantworten konnte. Bei der Durchsicht des Rechnungsabschlusses wurden alle Abweichungen über € 10.000,00 gegenüber dem Voranschlag besprochen. Dabei stellte sich heraus, dass bis auf einige Ausnahmen, für die Abweichungen GR-Beschlüsse vorhanden sind.

Der Ausschuss wünscht Auskunft über die finanziellen Belastungen durch den Eislaufplatz. Daraufhin verliest GR Mag. Josef Bertsch die Kostenaufstellung der letzten drei Jahre für den Eislaufplatz. Dabei fielen im Jahr 2016 € 40.600,00, im Jahr 2017 € 28.000,00 und im aktuellen Jahr bis jetzt € 14.000,00 an. Insgesamt wurde der Eislaufplatz sehr gut angenommen. GR Mag. Josef Bertsch merkt an, dass man darauf achten sollte, dass für den kommenden Winter technisch alles instandgesetzt wird. Weiters sollte der Unterbau isoliert werden.

Die Immobilien-KG betreffend wurden die Fragen von Finanzverwalter Andreas Gasser ebenso lückenlos beantwortet. In der Folge zeigt GR Mag. Josef Bertsch eine Power Point Präsentation aus der sehr aufschlussreich die Kennzahlen der Gemeinde hervorgehen.

Der Bericht über das Ergebnis der Kassaprüfungen durch den örtlichen Überprüfungsausschuss vom 12.03.2018 wird zur Kenntnis genommen.

In weiterer Folge beantwortet GR Mag. Josef Bertsch die Fragen von GR Johann Graßmair, welche dieser in der Gemeinderatssitzung am 14.12.2017 und am 01.03.2018 schriftlich per Antrag eingebracht hat.

1. Was und wie viel wurde 2017 für dieses Projekt von der Gemeinde bezahlt und an wen?

Die Gesamtkostenaufstellung bis zum 31.12.2017 findet sich im Budget auf Seite 117 unten. Die Zahlungen beliefen sich auf € 182.873,26 (davon € 153.000,00 für das Gebäude, Pachtzins, Entgelte u. Sonstiges)

2. Mit wie viel Kosten rechnet die Gemeinde bis zum Abschluss des Projekts?

Als Budgetposten haben wir letztes Jahr € 300.000,00 beschlossen. Allerdings hat es seither einige Änderungen gegeben.

€ 120.000,00 Personalzimmer; ca. € 30.000,00 Aufpreis Kupferdach; € 10.000,00 Sanitär; ca. € 15.000,00 Lüftung; Unterm Strich werden wir am Ende des Tages mit Kosten von € 500.000,00 abschließen. Generell wurden die ursprünglichen Preiskalkulationen für die unterschiedlichen Gewerke in geradezu vorbildlichem Maße eingehalten. Dort, wo es aus

verschiedenen Motiven (Museumskonzept, Ensembleschutz, Qualitätsverbesserung,...) zu Änderungen kam, wurden die zu erwartenden Mehrkosten vorab ermittelt, Pro und Contra abgewogen und dann politisch entschieden. Die Gesamtkosten sind damit zwar deutlich gestiegen und auch politisch zu verantworten. Sie sind aber in jeder einzelnen Position sachlich begründbar.

3. Wie hoch ist der Anteil des Landes zum Museum und was ist nach dem letzten Stand dort geplant?

Förderung Umweltabteilung → € 60.000,00

Förderung Kulturabteilung → € 90.000,00 sowie zusätzlich € 52.000,00

4. Stimmt es, dass ein Aufenthaltsraum über dem Carport zusätzlich errichtet wird?

Ja, aus museumsplanerischen Gründen! Die Beispielung des Raumes ist bereits durch die zahlreichen Fenster extrem schwierig. Ein zusätzlicher Raum im Raum hätte aus Sicht der Museumsplaner die ohnehin schwierige Situation nochmals verschärft bzw. schlicht unmöglich gemacht.

Wenn ja, welche Zusatzkosten sind für die Gemeinde zu erwarten und wird dies im Pachtverhältnis berechnet.

Zusatzkosten € 120.000,00 Nein, weil sich für den Pächter ja nichts ändert.

5. Wer ist Eigentümer des Gebäudes?

Mag. Christoph Liphart

6. Wie sieht der Nutzungsvertrag aus?

Die Gemeinde hat das uneingeschränkte Nutzungsrecht für das Gebäude und das gesamte Ruinenareal für die nächsten 25 Jahre mit Verlängerungsoption.

7. Wie der Pachtvertrag der Gemeinde mit dem Eigentümer?

Liegt im Amt zur Einsicht auf.

8. Wie der Pachtvertrag mit dem Pächter?

Liegt im Amt zur Einsicht auf.

9. Bleibt der Fußweg vom Stollen zum Romediwirt als Fußweg erhalten?

Auch wenn diesbezüglich immer wieder Gerüchte verbreitet werden – Ja, der Fußweg bleibt, wird aber saniert und bekommt eine Beleuchtung.

10. War es notwendig, über dem Eingangsbereich eine Kupfereinfassung zu machen und wieviel hat diese gekostet? Wie hoch ist der Anteil der Gemeinde an dieser Kupfereinfassung?

Notwendig nicht, aber sie passt besser zum Gesamtensemble! Die Gemeinde zahlte dafür € 7.343,90! Kirche und Romediwirt sollten als Gesamtensemble gesehen werden. Gleiche Dacheindeckung, gleicher Zaun (geplant).

11. Wer ist bei diesem Bau der Bauherr?

Der Eigentümer Mag. Christoph Liphart, aber Planung und Bau erfolgen durchwegs in bester Absprache mit der Gemeinde.

12. Stimmt es, dass die Gemeinde dafür sorgen wird, dass in unmittelbarer Nähe Parkplätze für Gäste entstehen?

Nein, auch dies ist ein verbreitetes Gerücht! Die Parkregelung wurde in aller Klarheit von Anfang an festgelegt. Die Parkplätze sind wie vorgesehen am Almweg, am Stollen und in beschränkter Zahl in der Schloßgasse, bzw. am Ladinsweg. Es gab diesbezüglich aber auch keinerlei Sonderwünsche von Seiten des Pächters.

13. Wurden die Subventionskriterien der EU eingehalten?

Die Gemeinde hat von der EU kein Geld bekommen und daher auch keine entsprechenden Kriterien einzuhalten!

zu 9)

Der Finanzverwalter Andreas Gasser erläutert den Rechnungsabschluss 2017 der Gemeinde Thaur Immobilien KG anhand einer Power-Point-Folie.

Gesamthaushalt der Gemeinde Thaur Immobilien KG

	Einnahmen	Ausgaben
Ordentlicher Haushalt	140.387,93	35.550,88
Außerordentlicher Haushalt	0,00	0,00
Gesamthaushalt	140.387,93	35.550,88

Jahresergebnis = € + 104.837,05

Bürgermeister Christoph Walse fragt ob es etwaige Einwände gibt. Es werden keine Wortmeldungen vorgebracht.

Bürgermeister Christoph Walser stellt den Antrag auf Abstimmung des Rechnungsabschlusses 2017.

Abstimmungsergebnis: Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Thaur Immobilien KG 2017 wird in seiner Gesamtheit einstimmig genehmigt.

zu 10)

Der Finanzverwalter Andreas Gasser erläutert den Rechnungsabschluss 2017 anhand von Power-Point-Folien. Der Entwurf des Rechnungsabschlusses 2017 wurde allen Mitgliedern des Gemeinderates zeitgerecht zur Kenntnisnahme übermittelt. Der Rechnungsabschluss 2017 bildet einen Bestandteil dieser Niederschrift. Der Bürgermeister bedankt sich bei den Mitgliedern des Überprüfungsausschusses für die sorgfältig durchgeführte Vorprüfung der Finanzgebarung des abgelaufenen Rechnungsjahres.

Gesamthaushalt der Gemeinde Thaur

	Einnahmen	Ausgaben
Ordentlicher Haushalt	8.991.445,89	8.850.978,25
Außerordentlicher Haushalt	48.891,29	48.891,29
Gesamthaushalt	9.040.337,18	8.899.869,54

Jahresergebnis = + € 140.467,64

Rücklagenstand zum 31.12.2017

Raiffeisenbank Thaur	301.668,20
Tiroler Sparkasse	15.666,01
Gesamtsumme	317.334,21

Rücklagenzuführung 2017: € 537,58 (Zinsen)

Rücklagenstand 31.12.2016: € 316.796,63

Schuldenstand zum 31.12.2017

01.01.2017	3.043.841,86
Darlehensaufnahmen	0,00
Tilgungen	350.378,86
Zinsen	20.425,04
31.12.2017	2.693.463,00

Schuldenverminderung um € 350.378,86
Verschuldungsgrad 2017 – 35,42 % (2016 – 37,75 %)

Personalaufwand (Vergleich 2015-2017)

	2015	2016	2017
Beschäftigte	39	45	50
Dienstpostenausmaß	28,95	29,50	32,79
Personalaufwand lt. RA	1.296.480	1.346.112	1.635.638
Personalkostenzuschüsse	- 209.605	- 294.610	- 251.094
Effektiver Personalaufwand	1.089.275	1.049.502	1.384.544
Personalaufwandsquote	18,61 %	17,58 %	20,92 %

Steuern- und Abgabenvergleich mit Vorjahren

	2015	2016	2017
Grundsteuer B	326.298	327.534	331.248
Kommunalsteuer	1.717.117	1.723.058	1.786.202
Abgabenertragsanteile	3.140.613	3.225.195	3.274.556

Bürgermeister Christoph Walser bedankt sich bei Herrn Andreas Gasser für den ausführlichen Bericht.

GR Mag. Josef Bertsch merkt an, dass sich die wesentlichen Seiten des Rechnungsabschlusses in der Zusammenfassung der Abweichungen gegenüber dem Voranschlag (über/unter € 10.000,00) befinden. Auffallend sind einige Konten ohne Budgetansatz. Ihm ist allerdings bewusst, dass sich gewisse Posten sehr spontan ergeben und sich nicht planen lassen.

GR Ing. Mag. Johannes Giner gibt zu bedenken, dass sehr viel Grund angekauft bzw. Objekte angemietet wurden. Berücksichtigt werden müssen dabei die Vertragsnebenkosten, sowie die Indexsteigerung. Ebenso sollten ortsübergreifende Synergien genutzt werden. Dies wird auch von GR Johann Graßmair bekräftigt.

Diesbezüglich finden laut Bürgermeister Christoph Walser bereits Gespräche mit der Marktgemeinde Rum statt.

Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank gibt an, dass der Verkauf des Objektes Pfunerbichl 2 nicht durchgeführt wurde. Ebenso ist er der Meinung, dass Grundkäufe sehr kurzfristig und spontan abgewickelt werden. Bei Vorhaben (z.B. die Restaurierung der Antoniuskapelle), die längerfristig geplant werden können, sollte dies auch so abgewickelt werden.

Der Bürgermeister merkt an, dass er bereits Gespräche mit dem Finanzminister und mit dem Bundeskanzler betreffend der Immobilienertragssteuer geführt hat. Im Gesetzestext gebe es Ausnahmen, jedoch werden die Gemeinden dort nicht berücksichtigt. Gespräche zwischen dem Kanzler und dem Minister betreffend dieser Problematik wurden ihm zugesagt.

GR Josef Wopfner erkundigt sich über die Einnahmen durch Ticketverkäufe des Dorf-Taxis. Die im Rechnungsabschluss ausgewiesenen € 500,00 erscheinen ihm sehr wenig. Weiters stellt er die Frage, ob die Nachfrage nach dem Taxi unverändert hoch sei.

Der Bürgermeister begründet die geringen Einnahmen damit, dass die VVT-Jahrestickets seit letztem Sommer auch für das Dorf-Taxi gelten und dadurch weniger Tickets verkauft wurden. Die Auslastung des Taxis ist nach wie vor gut.

Der Bürgermeister übergibt nun dem Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank den Vorsitz und verlässt den Sitzungssaal.

Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank fragt, ob es etwaige Einwände gibt. GR Karin Sommeregger erkundigt sich, warum die Einnahmen des „Alten Gerichts“ einen Unterschied im Vergleich zum Jahr 2016 in Höhe von ca. € 12.000,00 aufweisen. Der Bürgermeister-Stellvertreter verweist auf den GR-Beschluss aus dem Jahr 2017, in welchem die Vergaberichtlinien des „Alten Gerichts“ abgeändert und dadurch eine Verringerung der Saalmiete für Vereine beschlossen wurde.

Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank stellt den Antrag auf Abstimmung des Rechnungsabschlusses 2017 und den Antrag auf Entlastung des Bürgermeisters Christoph Walser.

Abstimmungsergebnis: Der Rechnungsabschluss 2017 wird in seiner Gesamtheit einstimmig genehmigt und dem Bürgermeister Christoph Walser einstimmig die Entlastung erteilt.

Bürgermeister Christoph Walser bedankt sich für die einstimmige Entlastung und die gute Zusammenarbeit.

zu 11)

Bürgermeister Christoph Walser informiert, dass nun der Pumptrack aufgebaut wurde und dieser bereits von den Jugendlichen gut angenommen wird.

Der Jugendtreff ist mittlerweile sehr gut angelaufen. Der Bürgermeister berichtet von positiven Rückmeldungen, auch die Anrainer sind durchwegs positiv eingestellt. Der Jugendbetreuer Herr Maximilian Dietl verrichtet seine Arbeit bislang sehr gut. Die offizielle Eröffnung findet am 27.04.2018 statt.

Bürgermeister Christoph Walser berichtet, dass zwei Anrainer am Essacherweg bezüglich der Geschwindigkeitsbeschränkung von 60 km/h schriftlichen Einspruch erhoben haben. Nach deren Ermessen sei eine erlaubte Geschwindigkeit von 60 km/h ein zu hohes Unfallrisiko. Ein klärendes Gespräch mit den zwei Anrainern soll stattfinden.

zu 12)

GR Johann Graßmair hat im Nachhinein einen Antrag bezüglich des Kindergartens eingebracht, dieser wurde jedoch nach dem heutigen Beschluss (Punkt 4) zurückgezogen.

Weiters bringt GR Johann Graßmair folgenden Antrag ein: Die Baubehörde möge eine Bestandsfeststellung zum Reitplatz Staud vorlegen, in der die Fläche und Höhe vermessen wird. Weiters ist zu klären, ob die Drainagierung – wie vorgeschrieben – durchgeführt worden ist. Da in dieser Widmung jegliche Baumaßnahmen explizit ausgeschlossen worden sind, soll die Behörde berichten, ob bei diesem Bauprojekt diese Vorgaben eingehalten worden sind.

Bürgermeister Christoph Walser informiert, dass bereits intensive Gespräche mit Herrn Romed Staud stattgefunden haben. Auch eine Besichtigung vor Ort mit den Nachbarn wurde durchgeführt. Nach nochmaliger Durchsicht der Beschlüsse wurde ein Vermesser

beauftragt, die Fläche und Höhen zu vermessen. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Der Antrag, die Bewässerung durch den St.Romedius-Weg zu verlegen ist bewilligt, der Antrag auf die Errichtung einer Hütte wurde abgelehnt und von Herrn Romed Staud zurückgezogen. Die Bedenken, dass der Reitplatz beleuchtet wird, sind unbegründet, es wurde lediglich eine Leerverrohrung für einen eventuellen Stromanschluss installiert. Bürgermeister Christoph Walser schlägt vor, dass alle Anliegen der Anrainer nochmals besprochen werden sollten. Die Entwässerung betreffend wurde vereinbart, dass ostseitig das Gelände 45° abgeschrägt werden muss, damit bei großen Niederschlagsmengen kein Wasser über die Erhöhung in die Schlossgasse fließen kann. West- bzw. südseitig ist die Versickerung gewährleistet.

GR Markus Isser spricht die Höhe der auf Gemeindestraßen eingehobenen Verkehrsstrafen von € 47.000,00 im Jahr 2017 an. Er ist der Auffassung, dass ein gewisser Anteil davon für soziale Zwecke zur Verfügung gestellt werden sollte. Bürgermeister Christoph Walser weist dies dem zuständigen Ausschuss für Sport, Kultur, Soziales, Gesundheit und Umwelt zur Beratung zu.

GR Dominik Ebner bemängelt, dass wichtige Themen wie z.B. der Gehsteig am Auweg, das Drosselbauwerk oder der Fußballplatz seiner Meinung nach im Ausschuss für Infrastruktur und Gemeindeimmobilien behandelt hätte werden müssen. Beim Projekt Romediwirt wäre eine begleitenden Kostenkontrolle sinnvoll gewesen. Dadurch wären die veranschlagten Kosten von € 300.000,00 nicht auf € 500.000,00 gestiegen. Bürgermeister Christoph Walser spricht im Detail die Planung des Gehsteiges an. Die Planung erfolgte durch die Firma Planoptimo, die Bauaufsicht hatte das Land Tirol. Dass der Gehsteig anfangs zu breit gebaut wurde, ist in diesem Fall keine Angelegenheit der Gemeinde. Es wurde bereits der Auftrag erteilt, den Gehsteig wie beschlossen auf 1,5 m zurückzubauen. Die entstandenen Mehrkosten von € 4.000,00 werden nicht von der Gemeinde getragen. Auch wenn der Bürgermeister die Argumente von GR Dominik Ebner versteht, braucht es seiner Meinung nach im Ablauf von Projekten einen gewissen Handlungsspielraum. GR Dominik Ebner bittet darum, in Zukunft so wichtige Projekte im entsprechenden Ausschuss zu behandeln. Grundlegend gibt der Bürgermeister GR Dominik Ebner Recht und gibt an, in Zukunft auf diese Punkte mehr zu achten.

GR Mag. Ing. Johannes Giner erkundigt sich über diverse private Bauprojekte im Ortsgebiet. Bürgermeister Christoph Walser informiert, dass bei dem geplanten Bauprojekt Niederhauser (Heiligkreuzer Weg) und im Fuchsloch noch keine Bauansuchen eingelangt sind. Auch für das Projekt Froschhammer/Appler (Essacherweg) ist noch kein Bauansuchen eingelangt. Für das Projekt von Frau Paula Walter gibt es einen Baubescheid, jedoch erfolgte noch kein Baubeginn. Bei dem Projekt der Firma UIB Immobilien am Adolf-Pichler-Weg fand die Bauverhandlung statt.

GR Romed Giner spricht die Errichtung des „Gspraidachweges“ an. Das laute Klopfen ist sehr gut hörbar. Der Vorbergweg ist während der Dauer der Bauzeit gesperrt und mit Hinweisschildern „Achtung Lebensgefahr“ versehen. Trotzdem würden immer wieder Menschen das Sperrgebiet betreten.

GR Karin Sommeregger erkundigt sich, ob schon Details zur Rad-WM bekannt sind. Der Bürgermeister Christoph Walser verweist auf die Homepage www.innsbruck-tirol2018.com.

GR Johann Graßmair gibt an, dass seine Änderungen des letzten Gemeinderatsprotokolls vom 01.03.2018 nicht übernommen wurden. Der Amtsleiter erklärt, dass seine

Änderungswünsche irrtümlich übersehen wurden. Aus diesem Grund werden diese Änderungen hier angeführt.

2a) Begründung zur Ablehnung Tempobeschränkung 60 km/h am Essacherweg.
GR Johann Graßmair erklärt, dass es für ihn unlogisch sei, am Essacherweg, der schmaler ist und keinen Gehsteig besitzt, kurvig ist und mangelnde Begleitwege hat 60 km/h zu verordnen und eine gerade Straße mit nur einer S-Kurve mit 50 km/h zu beschränken. Das ist für Menschen die sich nicht im Detail damit beschäftigen nicht nachvollziehbar.

2b) Ergänzung: Da diese Variante aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht umsetzbar ist und sich GR Johann Graßmair sich in den Ausschüssen deswegen für die zweitbeste Lösung – den Kreisverkehr – eingesetzt hat, stimmt er diesem Antrag zu.

Der Bürgermeister:

Der Bürgermeister-Stellvertreter:

Ein weiteres Gemeinderatsmitglied:

Der Schriftführer: